

ÖFFENTLICHES RECHT UND EUROPARECHT AKTUELL.



AUSGABE 38 | 21.09.2018

Institut für Europarecht | Institut für Verwaltungsrecht und Verwaltungslehre
Redaktionelle Leitung: Assoz. Univ.-Prof. Dr. Franz Leidenmühler | Univ.-Prof. Dr. Michael Mayrhofer

NEUERSCHEINUNG

Florian Kronschläger

Das NormG 2016 – Ausgewählte Rechtsfragen des Normenwesens

Die Monografie analysiert die dogmatischen Hauptfragen des Normengesetzes 2016.

ISBN 978-3-902883-36-0, IX und 139 Seiten, Harteinband, 35 EUR // zu beziehen ua über www.pedell.at

I. BUNDESGESETZBLATT

BGBI II 245/2018

Entschließung des Bundespräsidenten, mit der die Entschließung des Bundespräsidenten betreffend die Ausübung des Rechtes zur **Ernennung von Bundesbeamten** geändert wird

BGBI II 247/2018 (Anlage 1 zu Artikel 1; Anlage 1 zu Artikel 2; Anlage 2; Anlage 3)

Verordnung der Finanzmarktaufsichtsbehörde (FMA), mit der die **Lebensversicherung Informationspflichtenverordnung 2018** erlassen wird

BGBI II 248/2018

Verordnung der Finanzmarktaufsichtsbehörde (FMA), mit der die **Krankenversicherung Informationspflichtenverordnung** geändert wird

II. AMTSBLATT DER EU

[ABI L 236 v 19.09.2018, 1](#)

Verordnung (EU) 2018/1240 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 12. September 2018 über die **Einrichtung eines Europäischen Reiseinformati- und -genehmigungssystems (ETIAS)** und zur Änderung der Verordnung (EU) Nr 1077/2011, (EU) Nr 515/2014 (EU) 2016/399, (EU) 2016/1624 und (EU) 2017/2226

[ABI L 236 v 19.09.2018, 72](#)

Verordnung (EU) 2018/1241 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 12. September 2018 zur **Änderung der Verordnung (EU) 2016/794** für die **Zwecke der Einrichtung eines Europäischen Reiseinformati- und -genehmigungssystems (ETIAS)**

III. VFGH, VWGH, VERWALTUNGSGERICHTE

A. VERFASSUNGSGERICHTSHOF

14.09.2018, [UA 1/2018](#)

B-VG; Feststellung der Verpflichtung des Bundesministers für Inneres zur **Vorlage weiterer Aktenteile aus dem „Kabinettsakt“ an den Untersuchungsausschuss des Nationalrats** zur Untersuchung der politischen Einflussnahme auf das Bundesamt für Verfassungsschutz und Terrorismusbekämpfung; **abstrakte Relevanz** von Geschäftsstücken aus dem „Kabinettsakt“ mit Bezug zur Aufgabenerfüllung des BVT für Untersuchungsausschuss; keine Vorlageverpflichtung des Schreibens der Wirtschafts- und Korruptionsstaatsanwaltschaft betreffend die Ausarbeitung eines Aktionsplans auf Basis der nationalen Anti-Korruptions-Strategie mangels abstrakter Relevanz; grundsätzlicher Beweisbeschluss stellt auf Vorlage von Akten und Unterlagen ab, die bei der vorlagepflichtigen Stelle im Zeitpunkt seiner Zustellung „vorhanden“ sind

B. VERWALTUNGSGERICHTSHOF

19.06.2018, [Ra 2017/02/0102](#)

VStG; die Beachtung eines Stoppschildes gehört zu den wichtigsten Grundregeln des Straßenverkehrs und ist von jedem Kraftfahrer unter allen Umständen mit besonderer Sorgfalt zu beachten; das zu schützende Rechtsgut, bei einem Verkehrszeichen „Halt vor Kreuzung“, ist die Aufrechterhaltung der Sicherheit im Straßenverkehr; dieser kommt erhebliche Bedeutung zu; keinesfalls kann davon gesprochen werden, dass die Bedeutung dieses strafrechtlich geschützten Rechtsguts gering ist; damit fehlt es im Fall der **Nichtbeachtung eines Stoppschildes** an einer in § 45 Abs 1 Z 4 VStG genannten Voraussetzung für die **Einstellung des Strafverfahrens**

04.07.2018, [Ra 2017/02/0159](#)

NÖ HundehalteG; nach dem NÖ HundehalteG hat ein Halter einen Hund in einer Weise zu führen und zu verwahren, dass Menschen und Tiere nicht gefährdet oder unzumutbar belästigt werden können; das VwG sah es ggst als erwiesen an, dass der vom Rw gehaltene Hund den Gartenzaun übersprungen habe (**unzureichende Verwahrung des Tieres**); die vom Rw zum Nachweis des Gegenteils beantragten Beweismittel nahm das VwG ohne Begründung nicht auf; Beweisanträge dürfen nur dann abgelehnt werden, wenn die Beweistatsachen als wahr unterstellt werden, es auf sie nicht ankommt oder das Beweismittel untauglich ist; nicht zulässig ist es, ein vermutetes Ergebnis noch nicht aufgenommener Beweise vorwegzunehmen; das VwG hat es **unterlassen Beweismittel** aufzunehmen und damit Verfahrensvorschriften außer Acht gelassen, bei deren Einhaltung es zu einem anderen Ergebnis hätte kommen können

08.08.2018, [Ra 2017/04/0115](#)

GewO; durch die GewO-Novelle BGBl I 96/2017 wurden die Bestimmungen der §§ 81 und 345 GewO dahingehend geändert, dass hinsichtlich der **genehmigungsfreien Änderungen** nach den Z 5, 9 und 11 des § 81 Abs 2 leg cit die **Anzeigepflicht**

entfallen ist; keine Übergangsbestimmung betreffend anhängige Änderungsanzeigeverfahren, die auf einer (nun nicht mehr anzeigepflichtigen) Änderung gem den Z 5, 9 oder 11 des § 81 Abs 2 leg cit beruhen; in Ermangelung einer solchen Übergangsbestimmung kann ein auf § 81 Abs 2 Z 9 leg cit gestütztes Änderungsanzeigeverfahren nach Inkrafttreten dieser Novellierung nicht mehr mittels Bescheid (positiv als Kenntnisnahme, negativ als Untersagung der Maßnahme) erledigt werden; als Folge der Änderung der Rechtslage kommt den Nachbarn in Ermangelung eines Verfahrensgegenstands, der einem Anzeigeverfahren zu unterziehen ist, insoweit auch keine eingeschränkte Parteistellung mehr zu; ein anhängiges Verfahren betreffend eine auf § 81 Abs 2 Z 9 leg cit gestützte Änderungsanzeige ist dahingehend zu erledigen, dass der (diese Anzeige erledigende) Bescheid zu beheben und die Anzeige – auf Grund des Wegfalls der Anzeigepflicht während des laufenden Verfahrens – zurückzuweisen ist

C. VERWALTUNGSGERICHE

LVwG Oö 17.08.2018, [LVwG-250136](#)

SchülerbeihilfenG; VwGVG; ein explizit auf § 18 Abs 2 SchülerbeihilfenG gestützter Bescheid, mit dem ein Teil von gewährter **Schulbeihilfe** wegen des Austritts des Schülers während des Schuljahres wieder **zurückgefordert** werden soll, ist dann, wenn dieser Bescheid nicht iSd § 21 Abs 1 leg cit an den Schüler selbst, sondern an dessen Erziehungsberechtigten adressiert ist, zwar nicht a priori nichtig, sondern dieser lässt sich idR zumindest als ein sog „Haftungsbescheid“ iSd § 21 Abs 4 leg cit deuten; da jedoch aus einem Haftungsbescheid die tragenden Gründe für eine dementsprechende Ermessensübung hervorgehen müssen, ist dieser gem § 28 Abs 4 VwGVG aufzuheben, wenn sich daraus weder ableiten lässt, welche Erwägungen für die Rückzahlung des zu viel empfangenen Beihilfenbetrags bis zu einem bestimmten Termin für die Behörde jeweils maßgeblich sein mögen, und vor allem tragfähige Gründe, die eher für eine Heranziehung des Erziehungsberechtigten bzw umgekehrt seines Sohnes selbst oder für eine teilweise Inanspruchnahme beider Personen (und in welcher jeweiligen Höhe) sprechen würden, gänzlich fehlen

Hinweis: Die verlinkten Rechtssätze des LVwG Oberösterreich werden von diesem zur Verfügung gestellt. Die Langfassungen der Entscheidungen können etwa zwei Monate nach dem jeweiligen Entscheidungsdatum über die Homepage des LVwG Oberösterreich (www.lvwg-ooe.gv.at) abgerufen werden. In gesammelter Form können diese Rechtssätze in der Online-Zeitschrift „Spektrum der Rechtswissenschaft“ (www.spektrum-der-rechtswissenschaft.at; seit Jänner 2013) sowie im RIS eingesehen werden.

IV. GERICHTSHOF DER EUROPÄISCHEN UNION

A. GERICHTSHOF

[19.09.2018, Rs C-438/16 P, Kommission/ Frankreich und IFP Énergies nouvelles](#)

Rechtsmittel – Staatliche Beihilfe – Von Frankreich durchgeführte Beihilferegulation – **Unbeschränkte staatliche Garantie, die dem Institut Français du Pétrole (IFP) durch die Verleihung des Status** eines ‚Établissement public à caractère industriel et commercial‘ (öffentlicher Wirtschaftsbetrieb, EPIC) **gewährt wird** – Beschluss, mit dem festgestellt wird, dass diese **Maßnahme teilweise keine staatliche Beihilfe** darstelle und teilweise, vorbehaltlich der Erfüllung bestimmter Bedingungen, mit dem Binnenmarkt vereinbar sei – **Begriff ‚Beihilferegulation‘** – **Vermutung des Bestehens eines Vorteils** – Beweislast und Beweismaß

[19.09.2018, Rs C-41/17, González Castro](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Richtlinie 92/85/EWG – Art 4, 5 und 7 – Schutz der Sicherheit und der Gesundheit der Arbeitnehmer – **Stillende Arbeitnehmerin** – Nachtarbeit – **Schichtarbeit, die teilweise in der Nachtzeit verrichtet wird** – **Risikobeurteilung des Arbeitsplatzes** – Vorbeugende Maßnahmen – Anfechtung durch die betroffene Arbeitnehmerin – Richtlinie 2006/54/EG – Art 19 – Gleichbehandlung – Diskriminierung aufgrund des Geschlechts – Beweislast

[19.09.2018, Rs C-109/17, Bankia](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Richtlinie 2005/29/EG – **Unlautere Geschäftspraktiken von Unternehmen gegenüber Verbrauchern** – Hypothekendarlehensvertrag – Hypothekenvollstreckungsverfahren – **Neubewertung der Immobilie vor ih-**

rer Versteigerung – Gültigkeit des Vollstreckungstitels – Art 11 – Angemessene und wirksame Mittel gegen unlautere Geschäftspraktiken – **Verbot der Beurteilung des Bestehens unlauterer Geschäftspraktiken für das nationale Gericht** – Unmöglichkeit einer Aussetzung des Hypothekenvollstreckungsverfahrens – Art 2 und 10 – Verhaltenskodex – Fehlende rechtliche Bindungswirkung dieses Kodex

[19.09.2018, Rs C-312/17, Bedi](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Sozialpolitik – Richtlinie 2000/78/EG – Gleichbehandlung in Beschäftigung und Beruf – Art 2 Abs 2 – **Verbot der Diskriminierung wegen einer Behinderung** – Tarifvertrag zur sozialen Sicherung – **Überbrückungsbeihilfe, die an frühere Zivilangestellte der alliierten Streitkräfte in Deutschland gezahlt wird** – Beendigung der Zahlung dieser Beihilfe, wenn der Betroffene die Voraussetzungen für den Bezug einer vorgezogenen Altersrente für Personen mit einer Behinderung aus der gesetzlichen Rentenversicherung erfüllt

[19.09.2018, Rs C-310/18 PPU, Milev](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – **Eilvorabentscheidungsverfahren** – Justizielle Zusammenarbeit in Strafsachen – Richtlinie (EU) 2016/343 – Unschuldsvermutung – Öffentliche Bezugnahme auf die Schuld – Rechtsbehelfe – **Verfahren zur Kontrolle der Rechtmäßigkeit einer Anordnung von Untersuchungshaft**

[19.09.2018, Rs C-327/18 PPU, R O](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – **Eilvorabentscheidungsverfahren** – Polizeiliche und justizielle Zusammenarbeit in Strafsachen – Europäischer Haftbefehl – Rahmenbeschluss 2002/584/JI – **Gründe für die Ablehnung der Vollstreckung** – Art 50 EUV – **Haftbefehl, der von den Justizbehörden eines Mitgliedstaats ausgestellt wird, der das Verfahren zum Austritt aus der Europäischen Union in Gang gesetzt hat** – Ungewissheit hinsichtlich der für die Beziehungen zwischen diesem Mitgliedstaat und der Union nach dem Austritt geltenden Regelung

[20.09.2018, Rs C-510/16, Carrefour Hypermarchés ua](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Staatliche Beihilfen – Art 108 Abs 3 AEUV – Verordnung (EG) Nr 794/2004 – **Angemeldete Beihilferegulungen** – Art 4 – **Änderung einer bestehenden Beihilfe** – Starker Anstieg des Aufkommens von Abgaben, die der Finanzierung von Beihilferegulungen dienen, im Verhältnis zu den der Europäischen Kommission mitgeteilten Vorausrechnungen – **Schwelle von 20 % der Ausgangsmittel**

[20.09.2018, Rs C-546/16, Montte](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Art 267 AEUV – Zuständigkeit des Gerichtshofs – **Gerichtseigenschaft der vorliegenden Einrichtung** – Richtlinie 2014/24/EU – **Verfahren zur Vergabe öffentlicher Aufträge** – Offenes Verfahren – **Zuschlagskriterien** – Technische Bewertung – Mindestpunktzahl – Bewertung anhand des Preises

[20.09.2018, Rs C-685/16, EV](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Art 63 bis 65 AEUV – Freier Kapitalverkehr – **Kürzung steuerpflichtiger Gewinne** – **Beteiligungen einer Muttergesellschaft an einer Kapitalgesellschaft mit Geschäftsleitung und Sitz in einem Drittstaat** – **An die Muttergesellschaft ausgeschüttete Dividenden** – Steuerliche Abzugsfähigkeit, die strengeren Voraussetzungen unterliegt als die Kürzung um die Gewinne aus Beteiligungen an einer nicht steuerbefreiten inländischen Kapitalgesellschaft

[20.09.2018, Rs C-51/17, OTP Bank und OTP Faktoring](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Verbraucherschutz – Missbräuchliche Klauseln – Richtlinie 93/13/EWG – Anwendungsbe-
reich – Art 1 Abs 2 – Bindende Rechtsvorschriften – Art 3 Abs 1 – **Begriff ‚Vertragsklausel, die nicht im Einzelnen ausgehandelt wurde‘** – Klausel, die nach Vertragsschluss infolge eines Eingriffs des nationalen Gesetzgebers in den Vertrag einbezogen wird – Art 4 Abs 2 – **Klare und verständliche Abfassung einer Klausel** – Art 6 Abs 1 – Prüfung der Missbräuchlichkeit einer Klausel durch das nationale Gericht von Amts wegen – **Auf eine Fremdwährung lautender Darlehensvertrag zwischen einem Gewerbetreibenden und einem Verbraucher**

[20.09.2018, Rs C-114/17 P, Spanien / Kommission](#)

Rechtsmittel – Staatliche Beihilfen – Digitalfernsehen – **Beihilfe für die Einführung des terrestrischen Digitalfernsehens in entlegenen und weniger urbanisierten Gebieten** der Comunidad Autónoma de Castilla-La Mancha (Autonome Gemeinschaft Kastilien-La Mancha, Spanien) – **Subventionen zugunsten der Betreiber von Plattformen für terrestrisches Digitalfernsehen** – Beschluss, mit dem die Beihilfemaßnahmen teilweise für mit dem Binnenmarkt unvereinbar erklärt werden – Begriff der staatlichen Beihilfe – Vorteil – **Dienstleistung von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse** – Definition – **Gestaltungsspielraum der Mitgliedstaaten**

[20.09.2018, Rs C-214/17, Mölk](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Justizielle Zusammenarbeit in Zivilsachen – Haager Protokoll über das auf Unterhaltspflichten anzuwendende Recht – Art 4 Abs 3 – **Von der unterhaltsberechtigten Person bei der zuständigen Behörde des Staates des gewöhnlichen Aufenthalts der verpflichteten Person eingereichter Antrag auf Unterhaltsfestsetzung** – Rechtskräftige Entscheidung – In der Folge bei derselben Behörde eingereichter Antrag der verpflichteten Person auf Herabsetzung des festgesetzten Unterhalts – Rügelose Einlassung der berechtigten Person – **Bestimmung des anwendbaren Rechts**

[20.09.2018, Rs C-343/17, Fremoluc](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Grundfreiheiten – **Art 21, 45, 49 und 63 AEUV** – Richtlinie 2004/38/EG – Art 22 und 24 – **Vorkaufsrecht einer öffentlichen Stelle auf in ihrem räumlichen Tätigkeitsbereich belegene Grundstücke zwecks Schaffung von Sozialwohnungen** – Wohnungen, die vorrangig an Privatpersonen vergeben werden, die ‚eine starke gesellschaftliche, wirtschaftliche, soziale oder kulturelle Bindung‘ zum räumlichen Tätigkeitsbereich der genannten Stelle haben – Sachverhalt, dessen Merkmale sämtlich nicht über die Grenzen eines Mitgliedstaats hinausweisen – **Unzulässigkeit des Vorabentscheidungsersuchens**

[20.09.2018, Rs C-448/17, EOS KSI Slovensko](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – **Verbraucherverträge** – Richtlinie 93/13/EG – Missbräuchliche Klauseln – Art 4 Abs 2 und Art 5 – Pflicht, die Klauseln klar und verständlich abzufassen – Art 7 – **Anrufung der Gerichte durch Personen oder Organisationen, die ein berechtigtes Interesse am Schutz der Verbraucher vor missbräuchlichen Klauseln haben** – Nationale Regelung, die die Möglichkeit einer Verbraucherschutzvereinigung, einem Verfahren als Streithelfer beizutreten, von der Zustimmung des Verbrauchers abhängig macht – Verbraucherkredit – Richtlinie 87/102/EG – Art 4 Abs 2 – **Pflicht zur Angabe des effektiven Jahreszinses im Kreditvertrag** – Vertrag, der lediglich eine mathematische Gleichung zur Berechnung des effektiven Jahreszinses enthält, der nicht die zur Berechnung notwendigen Angaben beigefügt sind

[20.09.2018, Rs C-466/17, Motter](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Sozialpolitik – Richtlinie 1999/70/EG – EGB-UNICE-CEEP-Rahmenvereinbarung über befristete Arbeitsverträge – Paragraph 4 – Öffentlicher Sektor – Sekundarlehrer – **Einstellung befristet beschäftigter Arbeitnehmer im öffentlichen Dienst im Wege eines Einstellungsverfahrens auf der Grundlage von Befähigungsnachweisen** – Bestimmung des Dienstalters – **Teilweise Anrechnung von im Rahmen befristeter Arbeitsverträge zurückgelegten Dienstzeiten**

[20.09.2018, Rs C-518/17, Rudigier](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Öffentliche Aufträge – Öffentliche Personenverkehrsdienste auf Schiene und Straße – Verordnung (EG) Nr 1370/2007 – Art 5 Abs 1 – **Vergabe öffentlicher Dienstleistungsaufträge** – Art 7 Abs 2 – **Pflicht, bestimmte Informationen spätestens ein Jahr vor Einleitung des Verfahrens im Amtsblatt der Europäischen Union zu veröffentlichen** – **Folgen der Nichtveröffentlichung** – Aufhebung der Ausschreibung – Richtlinie 2014/24/EU – Art 27 Abs 1 – Art 47 Abs 1 – Richtlinie 2014/25/EU – Art 45 Abs 1 – Art 66 Abs 1 – Auftragsbekanntmachung

[20.09.2018, Rs C-555/17, 2M-Locate!](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Verordnung (EWG) Nr 2658/87 – **Zollunion und Gemeinsamer Zolltarif** – Tarifierung – Kombinierte Nomenklatur – Unterpositionen 8528 71 13 und 8528 71 90 – **Gerät zum Empfang, zur Einstellung und zur Verarbeitung von mittels Internettechnologie live übermittelten Fernsehsignalen**

B. SCHLUSSANTRÄGE

[19.09.2018, Rs C-374/17, A-Brauerei \(GA Saugmansgard Øe\)](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – **Staatliche Beihilfen** – Materielle Selektivität – Fehlen – **Kriterium der allgemeinen Verfügbarkeit** – Allgemeine Maßnahme – Bezugsrahmen – Vergleichbarkeit – Rechtfertigung aufgrund der Natur oder des inneren Aufbaus des Bezugsrahmens – Steuervergünstigung – Grunderwerbsteuer – **Befreiung zugunsten von Umwandlungsvorgängen innerhalb eines Konzerns** – Voraussetzung einer Beteiligung zu mindestens 95 % am Kapital der beteiligten Gesellschaften – Behaltensfristen von fünf Jahren vor und nach dem Umwandlungsvorgang

[19.09.2018, Rs C-388/17, SJ \(GA Campos Sánchez-Bordona\)](#)

Vorabentscheidungsersuchen – **Öffentliche Aufträge im Eisenbahnsektor** – Bereitstellung oder Betreiben von Netzen – Begriff des Netzes – **Erteilung des Zuschlags** für einen Vertrag über Reinigungsdienste in Zügen durch eine **Eisenbahngesellschaft, deren Kapital vollständig vom Staat gehalten wird** – Keine vorherige Ausschreibung

[20.09.2018, Rs C-326/17, RDW ua \(GA Wahl\)](#)

Richtlinie 1999/37/EG – **Zulassungsbescheinigungen, die für Fahrzeuge ausgestellt werden, deren Erstzulassung vor der Umsetzung der Richtlinie erfolgte** – Wesentliche Ungenauigkeiten und Auslassungen in Zulassungsbescheinigungen – **Gegenseitige Anerkennung** – Richtlinie 2007/46/EG – Genehmigung technischer Merkmale von Fahrzeugen – Fahrzeuge, die vor der unionsrechtlichen Harmonisierung technischer Anforderungen existierten – **Änderungen, die sich auf die technischen Merkmale eines Fahrzeugs auswirken**

[20.09.2018, Rs C-430/17, Walbusch Walter Busch \(GA Tanchev\)](#)

Verbraucherschutz – Art 6 Abs 1 und Art 8 Abs 4 der Richtlinie 2011/83/EU – **Informationspflichten bei im Fernabsatz und außerhalb von Geschäftsräumen geschlossenen Verträgen** – Anwendungsbereich von Art 8 Abs 4 der Richtlinie 2011/83 und Anpassung der Informationspflichten bei Verträgen, die „mittels eines Fernkommunikationsmittels ...“, auf dem für die Darstellung der Informationen nur begrenzter Raum bzw begrenzte Zeit zur Verfügung steht“, geschlossen werden – **Bestellprospekt, in dem für die Details zum Widerrufsrecht auf eine Internetseite verwiesen wird** – Pflicht zur Übermittlung des Muster-Widerrufsformulars gemäß Art 6 Abs 1 Buchst h und Anhang I Teil B der Richtlinie 2011/83 – Art 16 der Charta und unternehmerische Freiheit – **Freiheit der Meinungsäußerung und Informationsfreiheit in der Werbung gemäß Art 11 der Charta**

[20.09.2018, Rs C-497/17, Oeuvre d'assistance aux bêtes d'abattoirs \(GA Wahl\)](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – **Schutz von Tieren zum Zeitpunkt der Tötung** – Verordnung (EG) Nr 1099/2009 – Von religiösen Riten vorgeschriebene besondere Schlachtungsmethoden – **Schlachtung ohne Betäubung** – **Vereinbarkeit mit der ökologischen/biologischen Tierproduktion** im Sinne der Verordnung (EG) Nr 834/2007

C. GERICHT

[20.09.2018, T-123/17, Exaa Abwicklungsstelle für Energieprodukte / ACER](#)

Energie – Entscheidung des Beschwerdeausschusses der ACER – **Zurückweisung des Antrags auf Zulassung zur Streithilfe** – Unmittelbares und gegenwärtiges Interesse am Ausgang des Verfahrens – **Begründungspflicht** – **Recht auf Anhörung**

[20.09.2018, T-146/17, Mondi / ACER](#)

Energie – Entscheidung des Beschwerdeausschusses der ACER – **Zurückweisung des Antrags auf Zulassung zur Streithilfe** – Unmittelbares und gegenwärtiges Interesse am Ausgang des Verfahrens – **Recht auf Anhörung**

[20.09.2018, T-266/17, Kwizda Holding/ EUIPO – Dermapharm \(UROAKUT\)](#)

Unionsmarke – Widerspruchsverfahren – **Anmeldung der Unionswortmarke UROAKUT – Ältere nationale Bildmarke und ältere internationale Bildmarke UroCys** – Relatives Eintragungshindernis – **Keine Verwechslungsgefahr** – Abänderungsbefugnis – Art 8 Abs 1 Buchst b der Verordnung (EG) Nr 207/2009 (jetzt Art 8 Abs 1 Buchst b der Verordnung [EU] 2017/1001)

V. EUROPÄISCHER GERICHTSHOF FÜR MENSCHENRECHTE

18.09.2018, Beschwerde Nr [3413/09](#), Lachiri / Belgien

Verletzung von Art 9 EMRK (Gedanken-, Gewissens- und Religionsfreiheit); **Ausschluss** der Bf aus einem **Gerichtssaal**, weil sie sich weigerte ihre **Hijab** abzunehmen; die Einschränkung verfolgte das legitime Ziel, eine Störung der ordnungsgemäßen Durchführung einer Anhörung zu verhindern; die Bf verhielt sich respektvoll und es gab keine Gefahr für den ordnungsgemäßen Ablauf der Verhandlung; daher **keine Notwendigkeit** der **Einschränkung** gegeben; die Bf erhielt eine Entschädigung iHv EUR 1000,--

20.09.2018, Beschwerde Nr [68762/14](#), Aliyev / Aserbaidschan

Verletzung von Art 3 EMRK (Verbot der Folter und unmenschlicher oder erniedrigender Behandlung), **Art 5 EMRK** (Recht auf Freiheit und Sicherheit) und **Art 8 EMRK** (Recht auf Privat- und Familienleben); Inhaftierung eines Anwalts für Menschenrechte (Bf) wegen Unterschlagung und Steuerhinterziehung; der Bf musste sich während der Untersuchungshaft das Bett mit anderen Insassen teilen und in der Gefängniszelle gab es allgemein zu wenig Platz; **Verletzung von Art 3 EMRK**; es gab keinen begründeten Verdacht für die Begehung der Straftaten durch den Bf; **Verletzung von Art 5 EMRK**; Durchsuchungen des Büros und der Wohnung des Bf wurden vom innerstaatlichen Gericht ohne ausreichende Überprüfung der Fakten zugelassen; **Verletzung von Art 8 EMRK**; der Bf erhielt eine Entschädigung iHv EUR 20.000,--

20.09.2018, Beschwerde Nr [30491/17](#), Solska und Rybicka / Polen

Verletzung von Art 8 EMRK (Recht auf Privat- und Familienleben); **Anordnung der Exhumierung** der Opfer eines **Flugzeugabsturzes** in Smolensk im Jahr 2010; bei dem Unglück starben 96 Menschen, darunter der polnische Präsident; die polnischen Behörden ordneten die Exhumierung im Rahmen der laufenden Untersuchungen im Jahr 2016 an, um die Unfallursache festzustellen; die Exhumierung wurde durchgeführt, obwohl die Ehefrauen zweier Opfer (Bf) Einwände dagegen erhoben hatten; es gab **keine Möglichkeit der unabhängigen Überprüfung** der Entscheidung; die Bf erhielten eine Entschädigung iHv EUR 16.000,--

[Newsletter ÖER Aktuell kostenlos abonnieren](#)

[Rundbrief Polizeirecht Aktuell kostenlos abonnieren](#)

DISCLAIMER

Bundesgesetzblatt: BGBl I vollständig; im Übrigen erfolgt eine Auswahl nach den Forschungsschwerpunkten der Institute, Aktualität und Relevanz.

Amtsblatt der EU: Aufgenommen werden sämtliche „Gesetzgebungsakte“; bei den „Rechtsakten ohne Gesetzescharakter“ sowie den „Mitteilungen und Bekanntmachungen“ erfolgt eine Auswahl nach den Forschungsschwerpunkten der Institute, Aktualität und Relevanz.

Verfassungsgerichtshof: Erkenntnisse (mit Ausnahme von „Serien“) vollständig, bei den Beschlüssen erfolgt eine Auswahl nach Relevanz.*

Verwaltungsgerichtshof und Verwaltungsgerichte: Auswahl nach Forschungsschwerpunkten der Institute (insb Baurecht, Energierecht, Gewerberecht, Hochschulwesen, Polizeirecht, Raumordnung, Technikrecht, Umweltrecht, Verwaltungsverfahren, Verwaltungsstrafrecht, Verwaltungsgerichtsbarkeit, Entscheidungen mit europarechtlicher Relevanz), Aktualität und Relevanz.

Gerichtshof der EU: Vollständige Auflistung der Urteile und Schlussanträge.*

Gericht der EU: Aufgenommen werden sämtliche Urteile mit Österreich-Bezug sowie Nichtigkeitsklagen gem Art 263 AEUV.*

Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte: Urteile der Großen Kammer vollständig, Urteile und Beschlüsse einer Kammer mit Österreich-Bezug vollständig, sonstige Entscheidungen nach Aktualität und Relevanz.

* Die amtliche Auswertung (Leitsätze) des jeweiligen Gerichts wird wörtlich übernommen.

IMPRESSUM

Herausgeber/Medieninhaber: Institut für Europarecht, Institut für Verwaltungsrecht und Verwaltungslehre, Johannes Kepler Universität Linz, Altenberger Straße 69, A-4040 Linz.

Redaktion: Assoz. Univ.-Prof. Dr. Franz Leidenmühler, Univ.-Prof. Dr. Michael Mayrhofer (Leitung), Univ.-Ass. Mag. Sandra Grafeneder LL.B., Hofrat Dr. Alfred Grof (LVwG Oberösterreich), Univ.-Ass. Mag. Claudia Höbarth, Univ.-Ass. MMag. Ranjana Achleitner, Univ.-Ass. Mag. Sarah Heimpl, Univ.-Ass. Mag. Marlene Haderer, Wiss.-Mit. Clara Buder.

Hinweis: Es wird darauf hingewiesen, dass alle Angaben im Newsletter ÖER Aktuell trotz sorgfältiger Bearbeitung ohne Gewähr erfolgen und eine Haftung der Herausgeber, der Redaktion oder sonstiger Personen ausgeschlossen ist.